

Friedenslogische Ansätze für die deutsche Syrienpolitik

Elise Kopper

Syrien – der Name dieses Landes steht heute für einen der blutigsten Kriege unserer Zeit. Schwerste Menschenrechtsverletzungen, Chemiewaffeneinsätze, islamistischer Terrorismus, widerstreitende Interessen verschiedenster bestens bewaffneter nationaler und internationaler Akteure. Wie können wir darauf pazifistische Antworten finden? Kommen wir in einem solch hoch eskalierten Konflikt überhaupt noch weiter mit unserem Glauben an die Kraft der Gewaltfreiheit und der Zivilen Konfliktbearbeitung? Oder braucht es nicht doch militärische Gewalt, um den Konflikt zu befrieden? Die Antworten auf diese Fragen fallen selbst Menschen, die sich jahrelang mit pazifistischen Konzepten auseinandergesetzt und sie immer gegenüber Skeptiker*innen verteidigt haben, schwer.

Vielleicht können wir sie mit Hilfe des Konzepts der Friedenslogik finden. Die Friedenslogik ist eine Methode wissenschaftlichen und politischen Denkens, die vor einigen Jahren maßgeblich von der Friedensforscherin Hanne-Margret Birckenbach entwickelt und seitdem im Rahmen eines wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Dialogs weiterentwickelt wurde. Das Projekt „Friedenslogik weiterdenken“ der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung beschreibt die friedenslogischen Leitfragen folgendermaßen:

„Friedenslogisches Denken und Handeln bedeutet, an Probleme und Konflikte mit einer neuen Perspektive heranzugehen. Hierbei stellen sich folgende Fragen: Was ist das Problem? Wie ist das Problem entstanden? Welche eigenen Anteile gibt es an der Konfliktentwicklung? Welche Akteur*innen müssen einbezogen werden, um gemeinsam eine Lösung zu finden? An welchen ethischen Grundsätzen orientieren wir uns dabei? Und nicht zuletzt: Wie gehen wir mit Scheitern und Miss-

erfolgen um? Die Antworten auf diese Fragen ermöglichen es, alternative Handlungsansätze zu entwickeln.“ Frieden und Sicherheit kann es dabei aus friedenslogischer Perspektive nur gemeinsam geben, nicht durch Abschottung voneinander oder gar gegenseitige Abschreckung. Dem Konzept liegt damit ein umfassender, inklusiver Friedens- und Sicherheitsbegriff zugrunde.

Was hieße das für eine idealtypische deutsche Syrienpolitik, die der Friedenslogik folgt? **Was wäre dann für uns das Problem, das bearbeitet, der Missstand, der behoben werden muss?** Die Antwort darauf fällt vergleichsweise leicht: Die massenhafte Gewalt in Syrien, verübt von allen Seiten, und das damit verbundene Leid der syrischen Bevölkerung.

Wie ist diese Gewalt entstanden? Da wird es schon deutlich schwieriger. Über die Entstehung und Eskalation der Gewalt und der Konflikte in Syrien gibt es unterschiedlichste Narrative. Hier müsste einer friedenslogischen Politik eine umfassende Konfliktanalyse vorangehen, die nicht nur die unmittelbaren Gewaltausbrüche und deren Ursprung, sondern auch die tieferen und historisch weiter zurückliegenden Ursachen der Konflikte berücksichtigt.

In diesem Zusammenhang kämen wir womöglich auch zu einer Antwort auf die dritte Frage: **Welche Anteile haben wir als deutsche und europäische Politik an der Konfliktentwicklung in Syrien und in der Region?** Auch hier lohnt ein Blick in die Historie bis in die heutige Zeit, auf koloniale Grenzziehungen, auf die politische und militärische Unterstützung scheinbar stabiler Diktaturen, auf Waffenlieferungen an diverse Staaten und Konfliktparteien, auf vorschnelle Parteinahmen und auf den aktuellen



„Think Peace“ - die neuen Friedensbildungsmaterialien des BSV sind fertig. Foto: cs



Friedenslogik war ein wichtiges Thema auf der Aktionskonferenz zu Syrien am 13. Juni 2017 in Köln. Foto: cs



Das neue Projektbüro des BSV in Lüchow (Wendland) mit Projektleiter Björn Kunter. Von dort aus wird das Projekt „Love Storm“ koordiniert werden. Foto: cs

Diesmal u.a.

Syrienkrieg

Atomwaffenverbot

Friedensbildung

u.a.m.

Liebe Leserin, lieber Leser,

der Sommer 2017 ist aus friedensbewegter Sicht ein ganz besonderer gewesen. In positiver wie negativer Hinsicht geht es dabei um Atomwaffen. Jetzt endlich, 72 Jahre nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki, sind Atomwaffen von den Vereinten Nationen geächtet worden. Der Verbotsvertrag wäre ohne das Engagement der internationalen Friedensbewegungen, die ihre Regierungen so lange geschubst haben, bis sie zum Handeln bereit waren, sicher nicht zustande gekommen. Auch wenn die Atomwaffenstaaten sich nicht an den Verhandlungen beteiligten – um das Zeichen, das am 7. Juli mit dem Beschluss der UN-Vollversammlung zum Atomwaffenverbot gesetzt wurde, werden auch sie nicht herumkommen. Zumindest nicht, sofern die Vernunft nicht ganz Abschied aus den Köpfen der Regierenden genommen hat. Wer in den letzten Wochen die Nachrichten verfolgt hat, der und die musste letzteres allerdings befürchten. Die Regierungen Nordkoreas und der USA haben ihre Aufrüstungsmaßnahmen in Ostasien, begleitet von einer beinahe beispiellosen Rhetorik der gegenseitigen Bedrohung mit einem Atomschlag, auf höchst gefährliche Weise weiter ausgebaut. Auch wenn wirklich belastbare Informationen über sie gar nicht vorliegen – weder weiß man, wie weit die nordkoreanischen Raketen wirklich tragen, noch, wie effektiv das US-Raketenabwehrsystem ist – die Welt war wohl seit der Kubakrise von 1962 nicht mehr so nah daran, dass Atomwaffen bewusst und gezielt eingesetzt werden.

Über den Protest und Widerstand gegen diese Entwicklungen dürfen wir aber auch die längerfristige Entwicklung von Alternativen zu Rüstung und Gewalt nicht aus den Augen verlieren. Deshalb widmet sich auch dieser Rundbrief nicht nur dem Verbotsvertrag, sondern unseren vielfältigen Projekten in diesem Bereich.

Wir wünschen wie immer eine angeregte Lektüre.

Christine Schweitzer
für das BSV-Team

Fortsetzung von Seite 1

Bundeswehreininsatz, der Deutschland seit dem Bundestagsbeschluss im Dezember 2015 zur aktiven Kriegspartei macht.

Welche Akteur*innen müssen einbezogen werden, um gemeinsam eine Lösung zu finden? Auf jeden Fall mehr als die, die zurzeit einbezogen werden. Nicht nur Regierungsoberhäupter und Militärführungen, sondern auch und vor allem die syrische Zivilgesellschaft, Vertreter*innen ethnischer und religiöser Minderheiten, Frauen und Frauenorganisationen, Repräsentant*innen gewaltfreier Initiativen, Geflüchtete und im Land Verbliebene usw. Nachhaltiger Frieden kann nicht von einigen wenigen am Verhandlungstisch der großen Mächte gemacht werden, sondern er benötigt den Rückhalt und die Kreativität der Gesamtgesellschaft. Externe, nicht-syrische Stimmen – und damit auch die deutsche – sollten in diesem Prozess möglichst nur eine beistehende, vermittelnde, unterstützende Rolle spielen und diese Rolle in Bezug auf ihre potenziell konfliktverschärfende Wirkung regelmäßig reflektieren.

An welchen ethischen Grundsätzen orientieren wir uns dabei? Zuoberst stehen da das Völkerrecht und die Menschenrechte, das Grundgesetz und die deutschen Gesetze sowie weitere Prinzipien wie das Do-no-harm-Prinzip. Gerade beim militärischen Eingreifen in Konflikte werden diese Grundsätze allzu leicht verletzt. Es gibt Hinweise darauf, dass auch die Bundeswehr im Syrieneinsatz in potenziell völkerrechtswidrige Vorfälle verwickelt gewesen ist. Diese Vorfälle müssen lückenlos aufgeklärt und in Zukunft unter allen Umständen vermieden werden – was am sichersten ein Abzug der Bundeswehr aus Syrien garantieren würde.

Und schließlich: Wie gehen wir mit Scheitern und Misserfolg um? Im friedenslogischen Sinne auf jeden Fall nicht mit gegenseitigen Schuldzuweisungen und Verteufelungen, militärischen Gegenschlägen oder dem Leugnen eigener Fehler. Im Gegenteil: Feh-

ler der eigenen Politik sollen möglichst transparent reflektiert und dann auch korrigiert werden. Handlungsleitend darf dabei nicht die Angst sein, möglicherweise das Gesicht zu verlieren, sondern allein der Wille, konstruktiv zur Konfliktlösung beizutragen. Ein Beispiel hierfür wären die europäischen Wirtschaftssanktionen gegenüber Syrien: Es war sicherlich nicht die primäre Intention derjenigen, die sie beschlossen haben, die humanitäre und medizinische Versorgung der syrischen Bevölkerung noch schwieriger zu machen, als sie ohnehin schon ist, und damit gezielt die schwächsten Teile der Gesellschaft zu treffen. Im Ergebnis scheinen diese Sanktionen aber genau das zu bewirken. Diesen Anteil am Problem, diese Schuld sollten wir anerkennen und die Sanktionen ganz oder teilweise aufheben.

Dies kann nur eine erste friedenslogische Skizze deutscher Syrienpolitik sein. Der BSV wird sich u.a. im Rahmen seiner Mitgliedschaft in der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung und im Träger*innenkreis der Kampagne „MACHT FRIEDEN. Zivile Lösungen für Syrien“ weiter mit der Entwicklung gewaltfreier, friedenslogischer Antworten auf den Syrienkonflikt beschäftigen.

Zum Konzept der Friedenslogik s. auch www.konfliktbearbeitung.net/friedenslogik

Elise Kopper ist Mitglied im Vorstand des BSV und Campaignerin der Kampagne „MACHT FRIEDEN. Zivile Lösungen für Syrien“ (www.macht-frieden.de).



Die Autorin bei der Vorstellung des Konzepts der Friedenslogik auf der Syrienkonferenz am 13. Juni 2017 in Köln. Foto: cs

Abschaffung von Atomwaffen

Nicht-Kernwaffen-Staaten beschließen neuen Vertrag

Stephan Brües

Ende letzten Jahres beschloss eine große Mehrheit der UN-Mitgliedsstaaten, in Verhandlungen über einen Vertrag zu treten, der Atomwaffen verbieten soll. Im März 2017 begannen sie. Die meisten westlichen Staaten und die großen Atommächte nahmen nicht teil. Sie wollen von ihren „Abschreckungswerkzeugen“ nicht lassen. Und sich nicht von anderen Staaten – und sei es die übergroße Mehrheit – vorschreiben lassen, wie sie mit diesen umzugehen haben.

Zum Ende der 2. Verhandlungsrunde war es soweit. Am Freitag, den 7. Juli 2017, wurde in New York ein historisches Abkommen beschlossen: Atomwaffen sind ab jetzt international verboten. Der Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons (TPNW) ist ein Durchbruch – ein Zeichen an die Atommächte und an die Welt.

Was aber genau steht darin?

Der Vertrag verbietet Staaten, Atomwaffen zu entwickeln, zu testen, herzustellen, weiterzugeben, zu besitzen, anzuhäufen, zu benutzen oder damit zu drohen, sie zu nutzen. Er verbietet es, anderen Staaten dabei zu helfen oder sie zu ermutigen, derartiges zu tun. Staaten dürfen nicht gezwungen werden, dass Atomwaffen auf ihrem Territorium stationiert oder gelagert werden.

Der Vertrag ist für die ratifizierenden Staaten bindend. Wenn 50 Staaten ihn unterzeichnet und ratifiziert haben, dann tritt er in Kraft.

Beitreten können (und sollen) auch Staaten, die Atomwaffen besitzen oder – wie Deutschland – im Rahmen der nuklearen Teilhabe lagern. Sie müssten dann zusagen, die Atomwaffen nach einem rechtlich verbindlichen und verifizierbaren Zeitplan außer Betrieb zu setzen und zu zerstören bzw. gelagerte Waffen von ihrem Territorium zu entfernen.

Auch die NATO-Staaten, also Mitglieder eines Bündnisses, das Atomwaffen besitzt und diese fest in seine Strategie integriert, können dem Vertrag beitreten – freilich würde das bedeuten, dass sich die Nuklearstrategie der NATO ändern müsste, da sie gegen den Vertrag verstößt.

Bei den Verifikationsmaßnahmen bezieht sich der Vertrag auf die diesbezüglichen Bestimmungen des Nichtverbreitungsvertrags für Nuklearwaffen (NPT). Von den beitretenden Staaten, die noch keine Sicherheitsmaßnahmen haben, verlangt er, dass sie innerhalb von 18 Monaten ein Abkommen, das den Bestimmungen des NPT entspricht oder darüber hinausgeht, verabschieden.

Schließlich befasst sich der Vertrag zum Verbot von Atomwaffen auch mit den Opfern des Abwurfs oder Testens von Nuklearwaffen. Er verlangt von den Staaten, dass sie den Opfern ausreichende Hilfe in medizinischer und psychologischer Hinsicht sowie Rehabilitation leisten. Sie sollen auch ihre soziale und wirtschaftliche Integration gewährleisten.

Ein Vertrag ohne jene, die diese fürchterlichen Waffen besitzen? Naiv, oder?

122 Staaten haben diesen Vertrag verabschiedet, Singapur enthielt sich und die Niederlande haben als einziges an den Verhandlungen teilnehmendes Land dagegen gestimmt. Die Bundesregierung sagt, dass auch sie für eine atomwaffenfreie Welt sei, hat aber nicht teilgenommen, da Verhandlungen ohne die Atommächte kontraproduktiv seien. Es ist Auf-

gabe der Friedensbewegung, ihr zu zeigen, dass dies nicht so ist.

Die Aktivitäten in Büchel, etwa mit dem Konzert von Konstantin Wecker und dem (zunächst unbemerkten) Go-in zu den dortigen Atomwaffen durch US- und einen deutschen Aktivist*innen am 15./17. Juli zeigen, dass der Druck der Atomwaffengegner*innen anhält. Eine Unterschriftenliste, die Deutschland auffordert, dem Vertrag beizutreten, ist online und sollte breit gestreut werden. Es ist Bundestagswahl und die Wähler*innen sind bekanntermaßen gegen Atomwaffen. Auch schon vor der derzeitigen zum Glück noch verbalen Eskalation zwischen Nordkorea und den USA. Ein trockener Vertragstext wird zum Motivationsschub. Nutzen wir ihn!

Es handelt sich weitgehend um die Übersetzung der FAQ zum Vertrag von der Homepage von ICAN, der International Campaign against Nuclear Weapons (siehe <http://www.icanw.org/campaign-news/about-the-treaty-to-prohibit-nuclear-weapons/>). Der Text selbst findet sich in englischer Sprache hier: <http://www.icanw.org/wp-content/uploads/2017/07/TPNW-English.pdf>.

Zu der Website mit dem Aufruf an die deutsche Regierung geht es hier: <https://nuclearban.de/>

Stephan Brües, Ko-Vorsitzender des BSV, war am 15. Juli beim Konzert von Konstantin Wecker in Büchel.



Der Protest in Deutschland gegen Atomwaffen konzentriert sich auf die US-Luftwaffenbasis in Büchel/Eifel.

Foto: Stephan Brües

Gewaltfreie Auseinandersetzungen mit Andersdenkenden

Studientag des Instituts für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung

Gudrun Knittel

Respekt und ehrliches Interesse aufzubringen, auf der Herzesebene und mit Empathie zu hören, was die andere Person bewegt, ist oft gar nicht so leicht und braucht Übung und vor allem die Entscheidung dazu. Und auch das Ausdrücken der eigenen Anliegen braucht Übung, um klar und auf nicht verletzende Weise verständlich zu sein. Der Studientag des IFGK widmet sich solchen Aspekten und Erfahrungen in den folgenden Themenblöcken:

„Auf ein Wort - Argumente gegen rechtspopulistische Aussagen“, Roland Schüler, Friedensbildungswerk, Köln: Welche Argumente sind hilfreich für eine weiterführende Diskussion? Wie kann eine fruchtlose Debatte abgebrochen werden? Wie kann gewaltfreie Kommunikation unterstützend angewendet werden? Erfahrungen der politischen Bildungsarbeit und aus konkreten Beispielen werden ausgetauscht.

„GFK mit Nazis? - Untersuchung der Gewaltfreien Kommunikation im Umgang mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“, Mine Röbers, Halle

„Erfolgs- und Grenz-Erfahrungen“ des britischen Quäkers Corder Catchpool bei Gesprächen mit Nazis im Deutschland der 1930er Jahre, Martin Arnold, Essen

„Wie gehen wir mit unserem politischen Gegner um?“ – Eine praktische und reflektierte Auseinandersetzung mit unserem Dialogverhalten im Selbstversuch über mehrere Stufen, Christoph Besemer, Werkstatt Baden, Freiburg



Von der Berliner Straßenkünstlerin „Barbara“. <https://www.facebook.com/ichwillanonymbleiben/>

„Perspektiven-Wechsel gemeinsames Problem“ - Vom Gegeneinander, dem „Die Anderen sind schuld“ hin zum gemeinsamen Problem. Der Blick hinter die Positionen auf die Gefühle und Bedürfnisse gehört zum Standard-Repertoire konstruktiver Konfliktbearbeitung. Mit Hilfe von tiefem Zuhören sind abschließend alle Teilnehmenden eingeladen, die für sie wesentlichen Aspekte oder Fragen des Tages miteinander zu teilen und gemeinsam zu überlegen, ob es eine Fortsetzung geben soll und, falls dies gewünscht ist, wie das Thema vertieft werden kann. (Moderation: Gudrun Knittel, Köln)

Dialog mit „Nazis“ – weltfremd und unsolidarisch?

Menschenrechte durchsetzen, bedrohte Menschen öffentlich sichtbar unterstützen und Ideologien der Ungleichwertigkeit bekämpfen, das erfordert an vielen Orten Mut und so manche Aktivist*in fühlt sich dabei selbst bedroht und allein gelassen. Unter solchen Umständen erscheinen Versuche von Dialog und gewaltfreier Kultur als naive und weltfremde Zumutung. Zu verhandeln oder zu besprechen gibt es dann nichts, jedenfalls nicht mit „den Rechten“. Diese Haltung kann ich gut verstehen. Und gleichzeitig habe ich die Sorge, dass es die andere Seite der gleichen Medaille ist – Monsterbildung – rechts gegen links, alle müssen sich verteidigen und sich für einen der anscheinend statischen und homogenen Blöcke entscheiden.

Meine Hoffnung ist, dass es möglich ist, im Kleinen anzufangen, eigene Widersprüche und Ambivalenzen zuzulassen und gemeinsam Räume zu schaffen, in denen auch Unsicherheiten und das Fehlen fertiger Antworten erlaubt sind, eben dynamische Prozesse unter komplexen Bedingungen statt populistische, zu einfache „Lösungen“ „des Volkes“.

Wie können wir zur Weiterentwicklung der demokratischen Kultur beitragen?

Diese Frage würde ich gerne mit

Gleich- und Andersdenkenden beraten. Was könnt ihr und was können wir tun? Wie können wir Zuhör-Orte schaffen, so dass jede*r Einzelne Zugang zu den eigenen Ressourcen und Träumen findet? Was brauche ich, um mich auf meine Weise konstruktiv einbringen zu können? Was behindert mich? Wie könnten wir uns gegenseitig unterstützen?

Wie möchten wir mit Andersdenkenden sprechen und welche Werte liegen den eigenen Interessen zugrunde? Wie möchten wir neue demokratische Wege, Verfahren und Strukturen gestalten? Was können wir dazu beitragen, z.B. neue Bündnispartner zu gewinnen? Wie könnten Informations- und Diskussionsveranstaltungen gegen „Rechts“, Proteste, Demonstrationen, Schulungen und Unterstützung der Integration von Flüchtlingen und Zugewanderten frischen Wind und mehr Tiefgang bekommen?

Wo führen tradierte Strategien „gegen Rechts“ womöglich zur Verschlimmerung anstatt zur notwendigen Transformation? Wie kann es gelingen, auch langfristig wirkungsvoll zu werden und für tiefer liegende strukturelle Probleme angemessene politische Lösungen zu finden?

Termin und Ort: 25. November 2017 in Köln, in den Räumen des Friedensbildungswerks. Mehr Informationen auf: www.ifgk.de. Kontakt für Anmeldung: Gudrun Knittel, knittel.gudrun@gmx.de, oder Christine Schweitzer, CSchweitzerIFGK@aol.com.

Gudrun Knittel, IFGK, Konflikttransformation und Dialogprozesse, Köln



Das IFGK führt mindestens einmal jährlich allein oder mit anderen Gruppen einen Studientag durch. Hier: Der Studientag 2016 in Halle. Foto: cs

Friedensbildung

Unsere neuen Bildungsmaterialien sind da!

Benno Malte Fuchs

Im letzten Rundbrief haben wir bereits über unser Friedensbildungsprojekt „Globaler Frieden Goes Mainstream“ berichtet. Jetzt sind die dort angekündigten Materialien fertig.

- Gehen Sie auf unseren Youtube-Channel (<https://www.youtube.com/channel/UCHDhToYBCHtkfnpYXWU4bqw>) und teilen Sie das Video „Think Peace“ mit Ihren Bekannten.
- Schauen Sie vorbei auf unserer Webpage unter www.think-peace.de und helfen Sie bei der Verbreitung des Comics und des Flyers zu Ziviler Konfliktbearbeitung.

Mit Ziviler Konfliktbearbeitung meinen wir gewaltfreie, nicht-militärische Arbeit an der Lösung von Konflikten und ihren Ursachen. Dazu zählen unter anderem Konflikttransformation, Versöhnung, Ziviles Peacekeeping und Vergangenheitsbewältigung (Transitional Justice).

Die Effektivität von Gewaltfreiheit lässt sich durch gewaltfreie direkte Aktionen und gewaltfreien Widerstand veranschaulichen. Prozesse der Demilitarisierung bieten eine Grundlage für Abbau und Verhinderung von direkter, struktureller und kultureller Gewalt.



Die Materialien richten sich insbesondere an junge Leute. Bestellen Sie umsonst die Comics und Flyer und legen Sie sie im Jugendzentrum in Ihrer Nähe aus, oder geben Sie sie an Vertreter*innen von Jugendorganisationen weiter.

Unser*e Bildungsreferent*in kann zu einem Planspiel, einem Vortrag oder einem Workshop zu Ziviler Konfliktbearbeitung eingeladen werden.

Da wir dieses Jahr externe Unterstützung für Veranstaltungen im Rahmen dieses Projekts erhalten, fallen weder Fahrtkosten noch Honorare an.

Kontakt: fuchs@soziale-verteidigung.de.

Benno Malte Fuchs ist Bildungsreferent des BSV.

Liebe Leser*innen,

2014 hatten wir in einer Beilage im Rundbrief darum gebeten, uns mitzuteilen, ob Sie den Rundbrief weiterhin in Papierform oder lieber als PDF per E-Mail erhalten wollen. Etliche Leser*innen haben sich für die elektronische Version entschieden, und viele wollen auch weiterhin gern die „Soziale Verteidigung“ in ihrem Briefkasten vorfinden.

Uns ist es wichtig, die Papierform aufrecht zu erhalten und auch den Rundbrief weiterhin als ein kostenloses Informationsmedium zur Verfügung zu

stellen. Um dies zu gewährleisten, auch angesichts steigender Portopreise, brauchen wir jedes Jahr ausreichend Spenden.

Vielleicht gibt es ja den einen oder die andere Abonnent*in, die sich vorstellen könnte, den Rundbriefversand durch eine regelmäßige kleine Spende zu unterstützen. Wenn Sie sich dafür entscheiden, freuen wir uns, und wollen zugleich betonen, dass alle Leser*innen den Rundbrief weiterhin, auch unabhängig von Spenden, erhalten. Sollten Sie sich für eine Spende entscheiden, ermöglichen Sie somit ein kostenloses Angebot für alle Leser*innen.

Falls Sie kein Interesse mehr an unserem Rundbrief haben, können Sie ihn durch eine Rückmeldung Ihrerseits auch problemlos abmelden. Um Ihre Wünsche zu berücksichtigen, schicken Sie uns bitte den umseitigen Rückmeldeabschnitt zurück oder mailen Sie uns die entsprechende Information an info@soziale-verteidigung.de.

Unsere Bankverbindung (bitte bei der Überweisung für den Rundbrief das Stichwort „Rundbrief“ benutzen):

Sparkasse Minden-Lübbecke, IBAN DE73 4905 0101 0089 4208 14.

Neue Publikationen aus dem BSV

Generationendialog, Bundeswehr in Mossul und Rassismus in der Sprache

Der Bund für Soziale Verteidigung hat über den Sommer drei neue Hintergrundpapiere zu sehr unterschiedlichen Themen herausgebracht.

Dokumentation der Tagung zum Generationendialog in der Friedensbewegung

Das erste ist die Dokumentation unserer Fachtagung vom März 2017 unter dem Titel „Von Ungestüm bis Unruhestand – Friedensengagement gestern, heute, morgen“. Wir wollten mit dieser Tagung dazu anregen, sich auf den Weg des Gesprächs und des Austausches zwischen den Generationen in der Friedensbewegung zu begeben. Die Dokumentation enthält die Vorträge und Zusammenfassungen der Arbeitsgruppen der Tagung.

BSV (Hg.), Von Ungestüm bis Unruhestand - Friedensengagement gestern, heute, morgen. Dokumentation einer Tagung vom März 2017. Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 55, Juli 2017, 73 Seiten, ISSN 1439-2011, 4 Euro

Die Bundeswehr und die „Hölle von Mossul“

Das Papier wurde im Frühjahr von der Journalistin Elvira Claßen und Kathrin Vogler, MdB (Die Linke) verfasst. Anhand akribischer Auswertung öffentlich zugänglicher Quellen zeigen die beiden Autorinnen auf, dass die Bundeswehr viel intensiver in die Kämpfe gegen den

IS verwickelt ist, als offiziell zugegeben wird. Ihre Aufklärungsfotos werden für Luftangriffe verwendet, bei denen zahlreiche Zivilist*innen ums Leben gekommen sind. Die Ausbildungshilfe für die irakisch-kurdischen Peschmerga ist Unterstützung für Kämpfer*innen auf dem Boden, denen zahlreiche Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden.

Elvira Claßen und Kathrin Vogler, Die Bundeswehr und die „Hölle von Mossul“. Zwischen Propaganda, Kontrollverlust und blindem Gehorsam. Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 56, Juni 2017, 21 Seiten, ISSN 1439-2011, 1 Euro

Rassismus und Sprache

In diesem Papier von Marianne Albrecht geht es um die Allgegenwärtigkeit von rassistischer Sprache, ihre historischen Ursprünge und neuere Spielarten des Rassismus. Thematisiert wird, wie mit der Verweigerung dieses Themas um-

gegangen werden kann und welche Rolle die Medien dabei einnehmen. Die Autorin sensibilisiert für Rassismen in der Sprache und zeigt, wie diese vermieden werden können. Das Heft stellt eine Fortsetzung unserer Arbeit zum Thema Rassismus dar, zu dem wir 2016 ein Fachgespräch durchgeführt haben.

Marianne Albrecht, Rassismus und Sprache. Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 57, August 2017, 17 Seiten, ISSN 1439-2011, 1 Euro

Alle Hefte können übrigens als PDFs von unserer Website www.soziale-verteidigung.de kostenlos heruntergeladen (und natürlich im Shop als Papiere bestellt) werden.



Die BSV-Geschäftsführerin Christine Schweitzer freut sich über die neuen Papiere. Im Hintergrund: Unser Buchlager. Foto: BSV

Ich möchte den Rundbrief in Zukunft als PDF per E-Mail.

E-Mail-Adresse für den Online-Versand (bitte leserlich schreiben!):

_____@

Ich möchte keinen Rundbrief mehr erhalten.

Ich möchte den BSV durch eine Rundbrief-Spende in Höhe von _____ € unterstützen.

Ich ermächtige den BSV widerruflich, den o.g. Betrag einmalig/monatlich/vierteljährlich/halbjährlich/jährlich (Nichtzutreffendes bitte streichen) von meinem Konto abzubuchen. Die Kündigung dieser Erlaubnis ist jederzeit möglich.

Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

IBAN: _____

Bank: _____

Ort/Datum: _____

Unterschrift: _____

Raum für Gefühle?

Ein Werkstattbericht vom Training mit belarussischen Aktivistinnen

Andrea Hapke



Beim Training in Vilnius.

Foto: Nash Dom

„Was tun, wenn du festgenommen wurdest?“, steht an der Flipchart. Es ist der vierte Tag des zweiten Multiplikatorinnen-Trainings im Rahmen des Projektes „Frauen in Belarus setzen sich für Gewaltfreiheit und Teilhabe von Frauen ein“. Als Trainerin des BSV leite ich diesen Kurs für Aktivistinnen unserer Partnerorganisation Unser Haus. Die Teilnehmerinnen sollen in ihrer Selbstorganisation und Handlungsmacht gestärkt werden, indem sie Grundlagen der Arbeit in und mit Gruppen erlernen. Da wir am meisten im Selber-Tun lernen, hatten die Frauen die Aufgabe, eine Gruppeneinheit zu einem selbstgewählten Thema vorzubereiten.

Die Kriterien für die Entwicklung und anschließende Reflexion der Einheit orientieren sich am Ansatz der themenzentrierten Interaktion. Ihm zufolge gelingt eine Gruppenarbeit am besten, wenn drei Faktoren in einer dynamischen Balance miteinander sind und ihnen die gleiche Aufmerksamkeit gegeben wird: das Individuum, die Gruppe und das Thema. Die Individuen, die eine Gruppe bilden, werden dabei ganzheitlich wahrgenommen, in ihrer Einzigartigkeit von Denken, Fühlen und Handeln. Für viele Kursteilnehmerinnen

war es in den vergangenen Tagen und auch beim ersten Training eine neue und sie begeisternde Erfahrung, dass so viel Platz für die Einzelnen war, für das Persönliche und für Gefühle.

Die Werkstatt, in der die Teilnehmerinnen nun selber eine Einheit gestalten und ausprobieren und eine von ihnen die Gruppenarbeit moderiert, ist ein erkenntnisreicher und auch aufregender Höhepunkt unserer gemeinsamen Arbeit und unseres gemeinsamen Lernens. Ziel der Einheit, in der ich nun selbst Teilnehmerin und zugleich auch teilnehmende Beobachterin bin, ist es, einen Leitfaden zum richtigen Verhalten bei Festnahmen zu erstellen. Und als Teilnehmerin bin ich auch sofort gefragt. Bist du selber oder eine dir nahe Person schon einmal festgenommen worden? Wusstest du, wie du dich verhalten musst? Das sind die Fragen für die Eröffnungsrunde. Sofort kommen die Erinnerungen an Aktionen, daran, dass ich immer die Nummer des Ermittlungsausschusses dabei hatte und 23 Pfennig zum Telefonieren... Ich höre die Antworten der anderen. Die meisten von ihnen wurden selbst schon mehrfach festgenommen, zwei erst kürzlich.

Eine beginnt, ausführlich ihre Geschichte zu erzählen. Was für Nervosität sorgt, denn wir haben ja ein Ziel: den Leitfaden. Zu gern würde ich Fragen stellen, hören, wie die Frauen mit ihren Erlebnissen umgehen, meine eigenen Erfahrungen teilen... In einer Kleingruppe diskutieren wir drei Beispielsituationen und sollen herausfinden, was in der jeweiligen Situation richtig und falsch ist. ‚Falsches‘ Verhalten kann einen hohen Preis kosten, und zugleich wird mir deutlich, dass oft gar nicht so klar ist, was richtig und was falsch ist. Die Frauen versuchen, sich an der Rechtslage zu orientieren, und fühlen sich zugleich der Willkür der Staatsorgane ausgesetzt. Wut und Ärger darüber höre ich daran, dass die Stimmen lauter werden, die Debatte erhitzt, weniger aufeinander geachtet wird. Am Ende ist wertvolles Wissen zusammen gekommen. Und wir alle sind um einige Erfahrungen reicher, das Thema und die Gestaltung von Gruppenarbeit betreffend.

In der Reflexion stellten sich die Fragen nach der Gewichtung und der Balance. Es wurde ein sehr guter Rahmen geschaffen für einen lebendigen Kontakt mit dem Thema und die Zusammenarbeit der Gruppe. Das Individuum war vor allem mit seinem Wissen gefragt. Zu kurz kamen die Gefühle, die Geschichten, die Fragen, die unweigerlich da sind. Ist es möglich und vielleicht sogar nötig, dem Persönlichen mehr Platz zu geben und einen Raum für das Ausdrücken der Gefühle zu schaffen – auch und gerade dann, wenn wenig Zeit ist und es an die harten Themen geht? Wie lässt sich das, was sie in meinem Training so begeistert, auch in diesem Kontext umsetzen? Und was macht eine Person mit ihren Gefühlen im Falle einer Festnahme? Mit diesen Fragen werden wir weitergehen und beim nächsten Training im Herbst Raum dafür schaffen.

Andrea Hapke betreut die Arbeit zu Belarus im BSV.

Globaler Frieden Goes Mainstream Einladung zum Fachgespräch Friedensbildung

Der Bund für Soziale Verteidigung (BSV) lädt ein zum Fachgespräch Friedensbildung am 7. Oktober von 11 bis 17 Uhr in Heidelberg.

Wie lassen sich junge Menschen mit Friedensarbeit erreichen? Wie lässt sich bei jungen Menschen Interesse für Zivile Konfliktbearbeitung wecken? Was ist der Zusammenhang zwischen Globalem Lernen und Ziviler Konfliktbearbeitung? Diese hochaktuellen Leitfragen werden wir uns auf dem diesjährigen Fachgespräch des BSV stellen.

Zu Beginn des Fachgesprächs wird es ein Podium zur Frage geben, wie wir junge Menschen mit Frieden im internationalen Kontext erreichen können. Dazu haben wir als Referent*innen drei Vertreter*innen unterschiedlicher Organisationen eingeladen: Matthias Richter von peace brigades international, Michael Schulze von GlaBer von der DFG-VK und Silvia Bopp von der Pressehütte Mutlangen.

Nach der Podiumsdiskussion wird der Austausch in vier separaten Gruppen weitergehen. Die interaktiv und partizipativ ausgelegten Workshops drehen sich um:

1. Globales Lernen und Zivile Konfliktbearbeitung
2. Militarisierung der Jugend
3. Struktur moderner Jugendkultur
4. Friedensspiele

Für den ersten Workshop ist es uns ein besonderes Anliegen, aus der Szene des Globalen Lernens etwas für die Friedensbildung mitzunehmen, Zusammenhänge zu verdeutlichen und zu vernetzen.

Beim zweiten Workshop geht es um die Militarisierung der Jugend in Deutschland durch die Bundeswehr und ihren Widerspruch zu den Zielen der Friedensbildung, die auf militarisiertem Boden nicht sprießen kann.

Ein weiterer Workshop wird behandeln, wie junge Leute sich heutzutage untereinander austauschen. Mitgliedschaften und regelmäßiges Engagement für ein Thema sind zurückgegangen, während sich Netzwerke und spontane direkte Aktionen mehr Beliebtheit erfreuen.

Inhalt des letzten Workshops sind unsere Planspiele (z.B. zu Zivilem Peacekeeping) und Spiele wie Civil Powker,



Der BSV-Bildungsreferent Benno Fuchs lässt keine Gelegenheit aus, junge Menschen von gewaltfreier Konfliktbearbeitung zu überzeugen: Hier bei einer Blockade in Büchel. Foto: Stephan Brües

die Aufmerksamkeit für Frieden im internationalen Kontext schaffen können.

Bitte meldet euch bis zum 27. September zum Fachgespräch an unter info@soziale-verteidigung.de. (Spontanes Kommen ist auch möglich, aber dann können wir das Mittagessen nicht garantieren.) Unkostenbeitrag: ca. 15 € (nach eigenem Ermessen). Das Fachgespräch findet statt in der Jugendherberge Heidelberg International, Tiergartenstr. 5, 69120 Heidelberg, von 11 bis 17 Uhr (mit einer Mittagspause).

Spendenaufruf

Der Bund für Soziale Verteidigung finanziert einen Großteil seiner Arbeit über Spenden – die beiden Stellen unserer Büroleiterin und Geschäftsführerin, unsere Arbeit zu Zivilem Peacekeeping, zu Syrien und zur Türkei, um nur einige Bereiche zu nennen.

Wir danken herzlich für die bisherige Unterstützung! Bitte unterstützen Sie uns auch weiterhin bei unseren vielfältigen Aktivitäten. Ohne Ihre / Eure Spenden ist unsere Arbeit nicht möglich. Besten Dank im Voraus!

Spendenkonto: BSV, Sparkasse Minden-Lübbecke, IBAN DE73 4905 0101 0089 4208 14

Projektfortschritte

Erste Arbeiten für unser neues Projekt „**LOVE STORM**“ gegen Hass im Internet werden im September beginnen. Während dieser Rundbrief fertiggestellt wird, schließt Koordinator Björn Kunter die letzten Formalitäten mit den Geldgebern ab, und auch Bewerbungsgespräche für eine*n Koordinator*in wurden schon angesetzt. Weiter auf der Suche sind wir nach Praktikant*innen, die Lust haben, einige Zeit im Wendland das Projekt zu unterstützen. Zum Projekt siehe Rundbrief 2/2017; aktuelle Infos und die Anzeigen können unserer Website entnommen werden.

Für unser **Pilottraining zum Empowerment von Geflüchteten gegen Gewalt und Konflikte** haben wir jetzt mit Hilfe des Versöhnungsbunds einen Ort in Ostwestfalen gefunden, wo wir voraussichtlich das erste Pilottraining noch in diesem Jahr durchführen werden. Die dort gesammelten Erfahrungen werden wir dann auswerten und hoffen, im kommenden Jahr das Training auch an anderen Orten und auch Multiplikator*innenschulungen anbieten zu können. Auch hierzu mehr zu gegebener Zeit auf unserer Website.